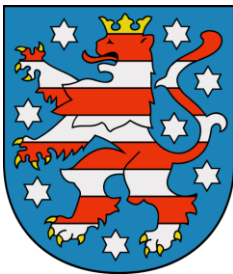


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Die Corona-Pandemie in Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2020

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)
Anne Küppers
Dr. Jörg Hebenstreit
Dr. Axel Salheiser
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaft
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2020

Der THÜRINGEN-MONITOR 2020 ist das 20. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Ziel der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten Befragung der Thüringer Bevölkerung ist die Untersuchung ihrer politischen Einstellungen, ihrer Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, ihres Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation. Im Fokus stehen aber auch Phänomene der Demokratiegefährdung und der politischen Radikalisierung. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.110 wahlberechtigten Thüringer*innen, die zwischen dem 3. September und 5. Oktober 2020 durchgeführt wurde.

Das diesjährige Schwerpunktthema ist die *Corona-Pandemie in Thüringen*. Seit dem Frühjahr 2020 wird das Leben aller Einwohner*innen Thüringens ebenso wie die öffentliche Debatte von der Pandemie, ihren Folgen sowie den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung beherrscht. Viele dieser Maßnahmen wurden und werden kontrovers diskutiert. Daher stehen im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR die Sorgen und Einstellungen der Thüringer*innen bezüglich des Corona-Virus, die Bewertung der Maßnahmen ebenso wie die Folgen der Pandemie für sie selbst, das Gesundheitssystem, die Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie im Zentrum. In den differenzierten Einschätzungen und Bewertungen der Befragten spiegeln sich dabei auch die großen Herausforderungen für die Politik und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen wider.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der Befragungszeitraum im September und Oktober 2020 in eine Periode

bundes- und thüringenweit niedriger Fallzahlen fiel. Zudem war Thüringen – im bundesdeutschen Vergleich – von der ersten Welle nur schwach betroffen. Daher waren bis zum Zeitpunkt der Befragung nur zwölf Prozent der befragten Thüringer*innen entweder selbst betroffen oder hatten am Virus erkrankte Personen in ihrem persönlichen Umfeld. Das dramatische Infektionsgeschehen der zweiten Welle, in der Thüringen zu den am stärksten betroffenen Regionen Deutschlands gehört, setzte erst nach Abschluss der Befragung ein. Dies dürfte das Antwortverhalten der Befragten bezüglich ihrer Einstellungen zur Pandemie, der Gefährlichkeit des Virus und der notwendigen Schutzmaßnahmen beeinflusst haben, sodass alle Ergebnisse vor diesem Hintergrund zu interpretieren sind.

Die Befragungsergebnisse werden, wie im THÜRINGEN-MONITOR üblich, in den Kontext der sozioökonomischen und demographischen Entwicklungstrends im Freistaat Thüringen eingebettet. Die sozioökonomische Entwicklung wurde im Jahr 2020 ebenfalls stark von der Corona-Krise beeinflusst. Durch die Pandemie sowie die Schutzmaßnahmen zu ihrer Bekämpfung hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage verschlechtert und die Thüringer Wirtschaft – wie die deutsche insgesamt – rutschte in eine Rezession. Dies wirkt sich allerdings bisher nur moderat auf den Arbeitsmarkt aus. Durch Kurzarbeit konnten in Thüringen viele Arbeitsplätze erhalten werden, sodass der Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einem Anstieg von 0,7 Prozentpunkten bis Ende des Jahres 2020 vergleichsweise gering ausfiel.

Die insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich jedoch bemerkenswerter Weise in den Bewertungen der Thüringer*innen zum Befragungszeitpunkt (noch) nicht wider. So stuften zwar 80 Prozent der Thüringer*innen die Corona-Krise als Gefahr für die Wirtschaft ein. Allerdings beurteilten gleichzeitig 76 Prozent die

allgemeine wirtschaftliche Lage Thüringens als (sehr) gut. Auch die eigene wirtschaftliche Situation bewerteten 79 Prozent als sehr gut oder eher gut, was im Vergleich zu 2019 eine unverändert positive Bewertung darstellt. Es kann vermutet werden, dass die von der Politik beschlossenen Maßnahmen – zumindest bis zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 und somit vor dem zweiten Shutdown – die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die meisten Thüringer*innen abfedern konnten. Insofern beurteilten die Thüringer*innen die wirtschaftliche Situation vor dem Hintergrund niedriger Infektionszahlen und eines Aufholprozesses der Wirtschaft über den Sommer.

Der anhaltende Bevölkerungsrückgang im Freistaat ist mit einer deutlichen Alterung der Gesellschaft verknüpft. So liegt der Anteil der über 60-Jährigen an der Thüringer Bevölkerung bei mehr als 34 Prozent. Dies besitzt auch mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema eine zentrale Bedeutung, da ältere Menschen als besonders gefährdet für einen schweren Verlauf der COVID-19 Erkrankung gelten. Diese sozioökonomischen und demographischen Entwicklungen ebenso wie die Entwicklung des Infektionsgeschehens stellen den Rahmen für die Wahrnehmung und Bewertung der Corona-Pandemie in Thüringen dar.

Die gesundheitliche Gefahr durch das Corona-Virus wurde in Thüringen zum Befragungszeitpunkt im September und Oktober 2020 als vergleichsweise gering eingeschätzt: So sah eine deutliche Mehrheit von 72 Prozent der Befragten durch das Virus keine Gefahr für ihre eigene Gesundheit. Ein deutlich höheres gesundheitliches Risiko sahen, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend, vor allem jene Thüringer*innen, die über 60 Jahre alt sind und die sich aufgrund von Vorerkrankungen einer Risikogruppe zuordnen. Des Weiteren

nahmen diejenigen das Virus verstärkt als gesundheitliche Bedrohung wahr, die selbst oder in ihrem persönlichen Umfeld vom Virus betroffen waren. Da auch andere Studien (vgl. Dryhurst et al. 2020) einen signifikanten Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit und einer erhöhten Risikowahrnehmung feststellen, ist anzunehmen, dass durch das dramatische Infektionsgeschehen in der zweiten Welle die Risikowahrnehmung der Thüringer*innen deutlich angestiegen ist.

Auf die offene Frage, was ihnen bei der Bewältigung der Corona-Krise insgesamt am wichtigsten ist, dominierten insbesondere zwei Themen die spontanen Antworten der befragten Thüringer*innen: die Pandemiebekämpfung und der Wunsch nach Gesundheit für sich selbst, aber auch für andere. Außerdem wurde wiederholt die Hoffnung auf eine Rückkehr zur „Normalität“ und auf einen bald verfügbaren Impfstoff gegen das Virus geäußert. Mit Blick auf die Pandemiebekämpfung war die mit Abstand häufigste Forderung, dass die Mitmenschen die zahlreichen Regeln einhalten sollten. Hingegen wurde Kritik an Maßnahmen oder die Forderung nach einer Lockerung deutlich seltener geäußert.

Dies spiegelt sich auch in der insgesamt hohen Akzeptanz der Thüringer*innen für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wider. So hielten 83 Prozent die Maskenpflicht und 74 Prozent die Kontaktbeschränkungen für sinnvoll bzw. sogar für sehr sinnvoll. Schul- und Kitaschließungen sowie die Schließung von Läden und Restaurants wurden zwar kritischer gesehen, aber dennoch von einer Mehrheit der Thüringer*innen als sinnvoll bewertet. 70 Prozent der befragten Thüringer*innen befürworteten auch generell die Einschränkung von Grundrechten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Diese insgesamt hohe Akzeptanz der Maßnahmen deckt sich mit den Ergebnissen

bundesweiter Umfragen und dürfte mit einer hohen Bereitschaft einhergehen, den Regeln auch Folge zu leisten.

Eine geringere Zustimmung erhielt zum Zeitpunkt der Befragung die Impfung als zentrale Maßnahme der Pandemiebekämpfung: Nur knapp die Hälfte der befragten Thüringer*innen gab an, sich impfen lassen zu wollen, während dies knapp ein Fünftel vehement ablehnte. Diese Impfgegner*innen unterscheiden sich von den anderen Befragten insbesondere dadurch, dass sie das Virus eher als Grippe verharmlosen und ein deutlich erhöhtes Misstrauen in die zentralen Institutionen – wie das Robert Koch-Institut, die Wissenschaft und die Regierung – haben. Hingegen speist sich eine zurückhaltende Einstellung („bin mir unsicher“ und „eher nicht impfen“), die ein Viertel der Befragten äußerte, nicht aus diesen Corona-verharmlosenden Einstellungen. Stattdessen scheint sich diese Zurückhaltung auf Ängste und Unwissenheit über die eingesetzten Impfstoffe zurückführen zu lassen. Diesen Unsicherheiten kann daher mit Informationen und Aufklärung im Rahmen von Impfkampagnen begegnet werden. Zudem ist in bundesweiten Umfragen wie der COSMO-Studie seit dem Impfstart eine steigende Impfbereitschaft zu beobachten, sodass dies auch für Thüringen vermutet werden kann.

Insgesamt zeigte sich auch eine sehr große Mehrheit von 70 bis 85 Prozent der Thüringer*innen mit dem Krisenmanagement von Politik und Verwaltung auf der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene (sehr) zufrieden. Hier zeigt sich das aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannte Muster, dass die kommunale Ebene besser bewertet wird als die Landes- und Bundesebene.

Die Belastungen durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind jedoch in der Thüringer Bevölkerung ungleich verteilt: Für 15 Prozent hatte sich die persönliche wirtschaftliche Situation zum Zeitpunkt der Befragung bereits stark verschlechtert, und ein Fünftel der Befragten sah eine (sehr) große Gefahr für die eigene ökonomische Lage. Neben Selbstständigen waren insbesondere Arbeiter*innen, Arbeitslose und Personen mit formal niedriger Bildung häufiger betroffen. Damit bestätigen sich auch im THÜRINGEN-MONITOR Befunde, die auf eine Verstärkung bestehender sozialer Ungleichheiten hinweisen. Für ein gutes Drittel der Thüringer*innen ist die Pandemie eine Belastung für das Familienleben. Dies trifft insbesondere auf Familien mit Kindern zu, die durch die Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Hälfte der Befragten äußerte darüber hinaus, dass ihre sozialen Kontakte durch die Kontaktbeschränkungen sehr gelitten hätten. Entgegen der Erwartung trifft dies jedoch nicht häufiger auf ältere und alleinwohnende Personen zu.

Hinsichtlich der befürchteten Folgen der Corona-Krise dominierte bereits zum Zeitpunkt der Befragung die Sorge der Thüringer*innen vor den wirtschaftlichen Folgen von Pandemie und Shutdown, die mehr als 80 Prozent der Thüringer*innen teilten. Etwas mehr als die Hälfte der Thüringer*innen sah Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und 40 Prozent für das Gesundheitssystem. Ein Drittel der Thüringer*innen befürchtete angesichts der größten Einschränkungen der Grundrechte seit Inkrafttreten des Grundgesetzes in Thüringen Gefahren für die Demokratie.

Insgesamt besteht somit eine hohe Akzeptanz der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in der Thüringer Bevölkerung. Trotz der Sorgen um die Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft, Gesellschaft

und Demokratie zeigte sich eine hohe Zufriedenheit mit den handelnden Politiker*innen. Dies ist angesichts der z. T. drastischen Maßnahmen sowie der Einschränkung zahlreicher Grund- und Freiheitsrechte bemerkenswert und zeigt, dass die Thüringer*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im September/Oktober 2020 – zu sehr großen Teilen hinter dem von Politik und Verwaltung eingeschlagenen Weg zur Eindämmung des Virus standen.

Trotz dieser insgesamt hohen Unterstützung äußerte jedoch ein nicht unerheblicher Anteil an Thüringer*innen Corona-skeptische Einstellungen: So hielten 35 Prozent der Befragten „das Virus für nicht schlimmer als eine Grippe“. Ein beachtlicher Anteil von 43 Prozent gab an, dass sie ihren Gefühlen mehr vertrauen als Expert*innen. Zudem bewertete eine knappe Mehrheit von 53 Prozent der Thüringer*innen die Medienberichterstattung über das Corona-Virus als „stark übertrieben“. Dass diese Wahrnehmung in Thüringen stärker vertreten ist als im Bundesdurchschnitt, könnte möglicherweise auch an der geringen Betroffenheit Thüringens während der ersten Welle liegen.

Corona-Skeptiker*innen unterscheiden sich in ihren Sorgen und Bewertungen systematisch von den übrigen Thüringer*innen: Sie bewerten das Virus als signifikant weniger gefährlich und akzeptieren die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung deutlich seltener. Während die übrigen Thüringer*innen zu 87 Prozent die Kontaktbeschränkungen und zu 96 Prozent die Maskenpflicht für (sehr) sinnvoll halten, liegt dieser Anteil bei den Corona-Skeptiker*innen bei lediglich 48 bzw. 59 Prozent. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig: Obwohl die Maske für die Teilnehmer*innen der Anti-Corona-Kundgebungen einen gewissen symbolischen Charakter hat, findet dennoch eine Mehrheit der

Corona-Skeptiker*innen die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes sinnvoll.

Fast die Hälfte der Corona-Skeptiker*innen glaubte an die pandemiebezogene Verschwörungserzählung, dass „geheime Organisationen“ während der Corona-Krise „großen Einfluss auf die Politik“ haben. Dieses Verschwörungsdenken wird jedoch auch unter Nicht-Corona-Skeptiker*innen von einem erheblichen Anteil der Befragten geteilt. Außerdem sehen Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen verstärkt die demokratischen Grundrechte gefährdet, vertreten häufiger die Auffassung, dass es an der Zeit sei, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten, und fühlen sich überdurchschnittlich oft in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. Sie sind auch eher bereit, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen und für die Durchsetzung ihrer Ziele Gewalt anzuwenden. Aufgrund der starken Überschneidung von Corona-Skeptiker*innen und Impfskeptiker*innen ist zu erwarten, dass sich die Anti-Corona-Demonstrationen aus dem Jahr 2020 im Jahr 2021 noch stärker zu Anti-Impf-Protesten entwickeln könnten.

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS verweisen auf eine deutliche Überlappung von pandemieskeptischen und rechtsextremen Einstellungen: Von den rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen sind knapp zwei Drittel gleichzeitig auch Corona-Skeptiker*innen. Von den Corona-Skeptiker*innen wiederum ist ein Drittel rechtsextrem eingestellt, im Vergleich zu neun Prozent bei den übrigen Thüringer*innen. Auch wenn die Gruppe der Corona-Skeptiker*innen politisch heterogen ist und sie sich selbst auf der politischen Links-Rechts-Achse von ganz links bis ganz rechts verorten, ist somit die Verharmlosung des Corona-Virus besonders stark im politisch rechten Spektrum verbreitet. Diese Verknüpfung von rechtsextremen und Corona-

skeptischen Einstellungen stellt eine Herausforderung für die Demokratie in Zeiten der Pandemie dar.

Corona-skeptische Einstellungen finden sich einerseits verstärkt bei Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung weder selbst noch im Umfeld vom Virus betroffen waren. Andererseits zeigen sich jedoch auch tieferliegende Gründe. So ist eine Verdrossenheit mit dem politischen System und ein Misstrauen gegenüber den Institutionen und politischen Akteur*innen bei Corona-Skeptiker*innen besonders stark ausgeprägt. Insofern scheinen sich pandemieskeptische Haltungen insbesondere aus wahrgenommenen Repräsentationsdefiziten sowie einem Gefühl der politischen Einflusslosigkeit zu speisen.

Dennoch zeigt die Langzeituntersuchung im THÜRINGEN-MONITOR in diesem Jahr insgesamt weiterhin eine sehr hohe Unterstützung der Demokratie. 87 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „die Demokratie die beste aller Staatsideen“ ist. Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie erreicht in diesem Jahr mit 68 Prozent sogar den bisherigen Rekordwert seit Beginn der Erhebung im Jahr 2001. Wie in den Vorjahren sind Personen, die sich in einer als gut befundenen persönlichen finanziellen Situation befinden und ein hohes Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung haben, zufriedener mit der Praxis der Demokratie. Darüber hinaus führt aber in diesem Jahr auch die sehr positive Bewertung der Corona-Politik auf Bundes- und Landesebene zu diesem Anstieg an Demokratiezufriedenheit.

Derselbe positive Trend zeigt sich auch beim Vertrauen in die zentralen Institutionen des politischen Systems. Insbesondere dem Robert Koch-Institut und der Wissenschaft, die beide in der Corona-Pandemie eine hohe Bedeutung haben, wird von den Thüringer*innen sehr hohes Vertrauen entgegengebracht. Lediglich das Vertrauen in die Medien

liegt auf einem niedrigen Niveau, da ihnen nur jede*r Vierte vertraut. Bemerkenswert ist jedoch vor allem der sprunghafte Anstieg des Vertrauens in die Landes- und Bundesregierung, die jeweils Rekordwerte erreichen. Dies ist vor dem Hintergrund der Regierungskrise im Frühjahr ein überraschendes Ergebnis. Allerdings gelten Krisen gemeinhin als Stunde der Exekutive. Entsprechend ist dieser Anstieg daher nach den Ergebnissen des THÜRINGEN-MONITORS und in Übereinstimmung mit deutschlandweiten Untersuchungen vermutlich auf den Einfluss der Corona-Krise zurückzuführen. Damit verbunden ist auch der Anteil der Befragten, die ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten sehen, deutlich um 15 Prozentpunkte auf 57 Prozent gesunken. Dennoch sehen weiterhin viele Thüringer*innen erhebliche Repräsentationsdefizite. So geben nach wie vor zwei Drittel an, dass sich die Parteien nicht für den Wählerwillen interessieren und sie selbst keinen Einfluss auf das Regierungshandeln haben. Letztlich bleibt es somit beim bereits in den letzten THÜRINGEN-MONITOREN diskutierten Paradoxon: Einerseits gibt es eine deutliche Mehrheit der Bürger*innen, die das politische System nicht als responsiv einschätzen und den Eindruck haben, mit ihrem Handeln keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Andererseits gibt es ein sehr hohes Maß an Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen sowie eine sehr hohe Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der politischen Akteur*innen – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2020.

Auch die politische Partizipation der Bürger*innen scheint in hohem Maße von der Corona-Pandemie beeinflusst zu sein. So ist die politische Beteiligung im Vergleich zur letzten Erhebung durchgehend und zum Teil sogar erheblich zurückgegangen. Entsprechend wurde bei fast allen Formen der Beteiligung der bislang niedrigste Wert seit der erstmaligen Erhebung im THÜRINGEN-MONITOR gemessen. Insbeson-

dere Personen, welche die Gefahr durch die Corona-Krise für ihre eigene Gesundheit als groß oder sehr groß bewerten, sind deutlich seltener bereit, sich politisch zu beteiligen. Wie ausgeführt, weisen jedoch insbesondere Personen mit Corona-skeptischen Einstellungen eine erhöhte Bereitschaft zur Teilnahme an nicht genehmigten Demonstration und zur Gewaltanwendung auf.

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen ist in Thüringen gegenüber 2019 deutlich gesunken. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument mit seinen zwei Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 24 Prozent auf 17 Prozent. Zudem fanden alle Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen im Jahr 2020 weniger – z. T. sogar deutlich weniger – Unterstützung als noch 2019. Die stärksten Rückgänge gab es zum einen hinsichtlich der Verharmlosung des Nationalsozialismus. So ging die Zustimmung zur Aussage „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ von 26 auf 14 Prozent zurück. Zum anderen hat sich auch die Zustimmung zur antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, von 16 auf acht Prozent halbiert. Damit sind im langfristigen Vergleich die Tiefststände der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen erreicht, ohne sie jedoch zu unterschreiten.

Dieser Rückgang macht deutlich, dass insbesondere ethnozentrische Einstellungen externen und situativen Einflüssen unterliegen und entsprechend durch die öffentliche und politische Auseinandersetzung geprägt werden. Mitentscheidend für den Rückgang dürfte einerseits sein, dass die Themen Migration und Integration durch Regierungs-

und Corona-Krise eine deutlich verringerte öffentliche Aufmerksamkeit erhielten. Andererseits wurden die Betroffenheit und die Bewältigungsstrategien in der Pandemie zum Befragungszeitpunkt nicht als Verteilungskämpfe zwischen Eigen- und Fremdgruppen wahrgenommen – eine Wahrnehmung, die ein zentraler Erklärungsfaktor ethnozentrischer Einstellungen ist.

Die im Jahr 2020 weiterhin rechtsextrem eingestellten Thüringer*innen beurteilen vor allem die politische Bewältigung der Corona-Pandemie deutlich negativer als die übrigen Bürger*innen Thüringens. Insbesondere die politischen Aspekte beurteilen sie noch etwas negativer als die Corona-Skeptiker*innen ohne rechtsextreme Einstellungen. Diese insgesamt kritischere bis ablehnende Haltung ist vor allem durch deren schon vor der Corona-Pandemie bestehendes, größeres Misstrauen in die Demokratie mit ihren Institutionen und Akteur*innen bedingt. Thüringer*innen allerdings, die rechtsextrem eingestellt sind, aber das Corona-Virus als gefährlich einschätzen, bewerten die politischen Maßnahmen durchaus positiver. Auch wenn diese Gruppe sehr klein ist, zeigt sie doch, dass auch rechtsextrem eingestellte Thüringer*innen politisches Handeln nicht nur ideologisch motiviert wahrnehmen. Ob sich daraus auch eine insgesamt positivere Beurteilung der demokratischen Institutionen und Akteur*innen entwickeln kann, die wiederum rechtsextreme Einstellungen reduziert, wird sich allerdings erst auf längere Sicht erweisen.

Übereinstimmend mit dem Rückgang der rechtsextremen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind auch hinsichtlich der Aussagen über ethnische, soziale und kulturelle Minderheitsgruppen bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Insbesondere negativen Aussagen über Migrant*innen, Jüdinnen und Juden sowie Sinti*innen und Rom*nja wird erkennbar seltener zugestimmt als 2019.

Die generalisierte Haltung zum Verhältnis von Minderheiten und Bevölkerungsmehrheit hat sich ebenfalls verändert: 58 Prozent der Befragten meinten 2020, „es sollte wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden als sich um Minderheiten zu kümmern.“ 2019 meinten dies noch 66 Prozent. Auch insgesamt verbleiben die Einstellungen gegenüber Minderheiten ambivalent: Einige Zustimmungswerte verharren auf vergleichsweise hohem Niveau. Bei einigen Aussagen – wie jenen über Jüdinnen und Juden – stimmen zwar nur Minderheiten zu, aber doch bis zu einem Viertel der Befragten (u. a. israelbezogener Antisemitismus). Die statistischen Zusammenhänge zwischen den (negativen) Einstellungen gegenüber verschiedenen Minderheiten sind relativ hoch und höchst signifikant. Das heißt tendenziell: Je stärker das eine Ressentiment unterstützt wird, desto stärker auch das andere.

Der (vorläufige) Rückgang einiger Zustimmungswerte in diesem Jahr ist erfreulich und lässt auf die Umkehr von Trends hoffen, die in früheren Gutachten beobachtet und kritisch eingeordnet werden mussten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass in Thüringen noch Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Akzeptanz von Diversität und des Abbaus von Ressentiments gegenüber „Fremden“ zu erkennen ist.

Die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2020 zeigen somit deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen der Thüringer*innen zu Demokratie, Partizipation, Rechtsextremismus und Diversität. Neben den positiven Trends – Anstieg der Demokratiezufriedenheit und des Institutionenvertrauens sowie Rückgang rechts-extremer Einstellungen – stellen die Corona-Skeptikerin*innen in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft im Freistaat Thüringen dar: Erstens gefährdet die geringere Akzeptanz der Schutzmaßnahmen die erfolgreiche Bewältigung der

Pandemie, da sich dafür möglichst viele Menschen an die Maßnahmen halten müssen. Zweitens stellt die festgestellte deutliche Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremem Einstellungen eine Herausforderung für die demokratische Kultur in Zeiten der Pandemie dar. Drittens spiegelt sich in der Verharmlosung des Virus und im Verschwörungsdenken ein tieferliegendes Misstrauen in die Demokratie mit ihren zentralen Institutionen und Akteur*innen sowie Deprivationserfahrungen wider. Insofern ist dies auch ein Symptom der von einem Teil der Thüringer*innen wahrgenommenen Repräsentationskrise.

Die Analysen zeigen, dass die Corona-Pandemie, die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sowie die (befürchteten) Folgen für Wirtschaft, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt die Perspektiven und Positionen der Thüringer*innen in hohem Maße beeinflusst haben. Zu beachten ist dabei, dass die Thüringer*innen zum Zeitpunkt der Befragung nur in einem vergleichsweise geringen Ausmaß durch die Krankheit betroffen waren. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich das dramatische Infektionsgeschehen in Thüringen in der zweiten Welle und seine Auswirkungen auf die Sorgen und Bewertungen der Thüringer*innen auswirkt. Wie hoch also der „Corona-Effekt“ auf die politische Kultur im Freistaat mittel- und langfristig sein wird und inwiefern sich die positiven Ergebnisse zu einem generellen Trend verstetigen, werden erst zukünftige THÜRINGEN-MONITORE zeigen können.

Der vollständige THÜRINGEN-MONITOR 2020 kann auf der Website der Thüringer Staatskanzlei als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/>

Prof. Dr. Marion Reiser
Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration/
Institut für Politikwissenschaft
Carl-Zeiß-Str. 3
07743 Jena

<https://www.komrex.uni-jena.de/thueringenmonitor>